

20 Jahre nach Tschernobyl

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Action : Zivilschutz, Bevölkerungsschutz, Kulturgüterschutz = Protection civile, protection de la population, protection des biens culturels = Protezione civile, protezione della popolazione, protezione dei beni culturali**

Band (Jahr): **53 (2006)**

Heft 3

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-370338>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

wehr, Sanitätsdienst, Zivilschutz und spezialisierten Verbänden der Armee. Der Hauptvorteil des einheitlichen nationalen Funknetzes liegt bei der organisationsübergreifenden Kommunikationsmöglichkeit. Im Ereignisfall lassen sich Organisationen oder Teile davon einfach zu einer neuen «Gesprächsgruppe» zusammenschalten, respektive in eine bestehende integrieren. Auch über Kantonsgrenzen hinweg. Hinzu kommen unbestrittene Trümpfe wie eine bessere Ausnutzung der Funkfrequenzen und die erhöhte Sicherheit der Funksysteme (Stichwort Verschlüsselung).

Zweifel wurden hingegen immer wieder geäußert, die Durchdringungsfähigkeit sei – vor allem für die Ansprüche der Feuerwehren – nicht genügend. Befürchtungen oder gar Behauptungen, wonach Polycom in Gebäuden schlechter funktioniere als herkömmliche Funkgeräte der Feuerwehren, konnten nun aber widerlegt werden. Die vom Projektmanagement Polycom, das beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS) eingegliedert ist, veranlasste Studie bestätigt die praktischen positiven Erfahrungen der Polycom-Anwender.

Messungen in 294 Räumen

Für die Studie wurde der Kanton Neuenburg ausgewählt, da dort zum einen verschiedene, für die Schweiz typische Bauarten zu finden sind. Zum anderen ist das ganze Kantonsgebiet bereits mit Polycom versorgt und erlaubte daher städtische, vorstädtische und ländliche Szenarien. Insgesamt wurden 21 verschiedene Gebäude ausgewählt und zu 7 Kategorien zusammengefasst. In 294 Räumen wurden Messungen durchgeführt, wobei 30 Prozent sich auf komplexere Gebäude wie Schulen oder Spitäler konzentrierten.

Da es bei dieser Studie hauptsächlich um die Gewinnung von praktischen Erkenntnissen ging, haben die Verantwortlichen ein Messkonzept ausgewählt, das für die Arbeitsweise der Feuerwehrmänner repräsentativ ist. Dazu begleitete ein Fachexperte der Berufsfeuerwehr Neuenburg die Studie. Neben den Pegelmessungen wurden ebenfalls Sprachverbindungs-tests durchgeführt.

Positive Ergebnisse

Die Beobachtungen und Messresultate haben ergeben, dass Polycom für den Einsatz in Gebäuden geeignet ist. Kurz: Polycom dringt durch. In einigen funkkritischen Bauten aus Stahlbeton oder Metall wie Parkhäusern, Supermärkten und Spitälern übertrifft die Funkdurchdringung und damit die Verbindungssicherheit diejenige der heute im Einsatz stehenden Feuerwehr-Funksysteme sogar deutlich. Die Beobachtungen haben gezeigt, dass die Grenzen von Polycom erst in Aufzügen, Schutzräumen sowie in der Mitte von grossen Bauten erreicht werden. □

Für weitere Informationen zu Polycom:
www.polycom.admin.ch

NEUER CHEF

VBS-Schadenzentrum: Josef Leu

VBS. Der 56-jährige Luzerner Agraringenieur und CVP-Politiker Josef Leu wird neuer Chef des Schadenzentrums des VBS.



FOTO: CVP

Leu tritt am 1. Juli 2006 die Nachfolge des in den Ruhestand tretenden Heinz Schwab an. Josef Leu wird sein Nationalratsmandat Ende Juni niederlegen.

Als Landwirt, ehemaliger Truppenkommandant, nebenamtlicher Zivilkommissär des Kan-

tons Luzern und als Politiker bringt Josef Leu die notwendige Erfahrung mit, um das Schadenzentrum des Eidg. Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) zu leiten, das aus dem früheren Oberfeldkommissariat hervorgegangen ist.

Josef Leu gehört dem Nationalrat seit 1991 an. Er war unter anderem Präsident der Staatspolitischen Kommission, Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission und Mitglied der Kommission Brunner, welche den Grundstein für die neue Strategie der schweizerischen Sicherheitspolitik legte. □

DIE SPUREN IN DER SCHWEIZ

20 Jahre nach Tschernobyl

BAG. Am 26. April 2006 jährte sich zum 20. Mal der Reaktorunfall von Tschernobyl. Spuren des schwersten, je in einer zivilen Kernanlage aufgetretenen Unfalls sind auch in der Schweiz heute noch messbar. Die gesundheitlichen Folgen auf die schweizerische Bevölkerung lassen sich inzwischen beurteilen.

Zum Schutz der Bevölkerung wurden in den vergangenen 20 Jahren sowohl international als auch in der Schweiz die technischen und organisatorischen Massnahmen bei nuklearen Katastrophenfällen verbessert.

In der Schweiz ist das langlebige Cäsium-Nuklid im Boden zwar abgeklungen und in tiefere Erdschichten eingedrungen, doch lässt es sich dort immer noch nachweisen, vor allem im Tessin. In den Grundnahrungsmitteln hat der Gehalt an künstlicher Radioaktivität bereits ab 1987 kontinuierlich abgenommen. Er liegt heute im Bereich der Werte vor dem Unfall von Tschernobyl. Ausgenommen sind Wildpilze und Wildfleisch, die heute immer noch erhöhte Werte aufweisen.

Gesundheitliche Auswirkungen

Die Schweizer Bevölkerung hat die durch den Unfall von Tschernobyl zusätzlich verursachte Radioaktivität vor allem über die Nahrung aufgenommen. Im Durchschnitt beträgt diese zusätzliche Strahlendosis 0,5 Millisivert (mSv). Bei Personen, die in besonders stark betroffenen Gebieten lebten, zum Beispiel Selbstversorger im Tessin, dürfte dieser Wert bis um das zehnfache grösser sein. Zum Ver-

gleich: Die mittlere jährliche Strahlendosis der Schweizer Bevölkerung beträgt 4 mSv.

Hochrechnungen, die auf Erfahrungswerten von Hiroshima und Nagasaki basieren, weisen darauf hin, dass in der Schweiz als Folge des Unfalls von Tschernobyl mit etwa 200 zusätzlichen Krebstodesfällen zu rechnen ist.

Massnahmen für den Ernstfall verbessert

Tschernobyl hat dazu geführt, dass sich die Katastrophenorganisation international und in der Schweiz verbessert hat. Die internationale Benachrichtigung und Hilfeleistung bei Unfällen wurden verbessert und die Massnahmen harmonisiert. In der Schweiz wurden die radioaktivitätsüberwachung und die Einsatzorganisation neu strukturiert, die Nationale Alarmzentrale verstärkt, die Messkapazität verbessert und durch automatische Überwachungs- und Warnnetze ergänzt. Bis zu einem Radius von 20 Kilometer um die schweizerischen Kernkraftwerke wurden Kaliumiodid-Tabletten an die Bevölkerung verteilt. Die Tabletten werden im Ereignisfall eingenommen. Sie sättigen die Schilddrüse mit inaktivem Jod und verhindern so, dass radioaktives Jod aus der Nahrung oder über die Atemwege in die Schilddrüse gelangt. Auch auf dem Gebiet der Gesetzgebung wurden Verbesserungen vorgenommen und 1994 mit der neuen Strahlenschutzgesetzgebung umgesetzt.

Weitere Informationen:
Bundesamt für Gesundheit
Telefon 031 322 95 05 oder
www.bag.admin.ch □